

Mündliche Anfrage

Fragesteller

LAbg Stefan Kaineder

Zuständiges

Regierungsmitglied Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann Mag. Stelzer,

bei der Reform der Mindestsicherung 2016 wurden von der Finanzdirektion Mehrkosten von 200 Millionen € bis 2019 prognostiziert, sofern diese nicht reformiert wird. Zudem wurde ein Kostendämpfungspotenzial von 71,68 Mio Euro (bis Ende des Jahres 2019) berechnet. Tatsächlich sind es nun laut vorliegendem Bericht nur 2,69 Mio €, das sind 3,75% des veranschlagten Kostendämpfungspotenzial.

Wie erklären Sie als Finanzreferent ein derartiges Auseinanderklaffen bei den Berechnungen von Prognose und Realität?

Kaineder